

## **Beitrag des AK Frieden in Ver.di auf der Kundgebung der Initiative für einen zivilen Hafen zum Ukraine-Konflikt auf dem Rathausmarkt am 26.02.2022**

Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger,

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

am 5. Februar standen wir schon einmal auf dem Rathausmarkt, um unsere Besorgnis darüber kundzutun, dass der Konflikt um die Ukraine in einen Krieg münden könnte. Jetzt müssen wir entsetzt zur Kenntnis nehmen, dass sich unsere Angst bewahrheitet hat. Der russische Präsident Putin hat entschieden, den Konflikt mit kriegerischen Mitteln zu lösen.

Das Wichtigste zu Beginn: Krieg kann und darf kein Mittel sein, um Konflikte auszutragen. Daher verurteilen wir den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine und fordern Russland auf, die Waffen sofort ruhen zu lassen und die Soldaten aus der Ukraine abzuziehen. Alle am Konflikt Beteiligten müssen sich unverzüglich zu Verhandlungen treffen, um eine friedliche Lösung unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen aller Seiten herbeizuführen. Mit unserem Ver.di Vorsitzenden Frank Werneke sagen wir:

„Den Menschen in der Ukraine, deren Leben jetzt bedroht ist, gehört unsere Solidarität. Wir stehen an ihrer Seite – an der Seite für Frieden und Freiheit in Europa und in der ganzen Welt. Wir sind in tiefer Sorge über das Leid, die Gewalt und den Tod, die dieser Angriff über die Menschen bringt. Europa muss ihnen umfassende humanitäre Hilfe leisten und Schutz anbieten – für den Fall von Fluchtbewegungen müssen die Grenzen offenbleiben. Wir brauchen ein Europa der Solidarität, der Verständigung und der Abrüstung.“

Wir dürfen jetzt nicht weiter Öl ins Feuer gießen, gerade um die Menschen zu schützen. Daher lauten unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- Auch und gerade jetzt keine Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Regierung darf dem Druck nicht nachgeben. Wir stärken ihr hier den Rücken.
- Keine Sanktionen. Es hat sich mit Blick auf Russland, aber auch auf andere Länder gezeigt: Sanktionen lösen keine Konflikte, sie wirken eskalierend und vor allem treffen sie die einfachen Menschen auf beiden Seiten. Die Herrschenden, die Verantwortlichen, finden Mittel und Wege, sie zu umgehen.

Dieser Konflikt entstand nicht aus dem Nichts. Er hat eine lange Vorgeschichte, in deren Verlauf es möglich gewesen wäre, den Konflikt zu entschärfen.

Vertrauensbildende Maßnahmen wurden leider nicht ergriffen:

- Die Nato rückte gen Osten an die russische Grenze vor. Dies geschah unter Missachtung der an Russland gegebenen Zusagen. Entgegen aller anderslautender Behauptungen wird dies bestätigt sowohl durch O-Töne Hans-Dietrich Genschers und als auch im Spiegel veröffentlichter Dokumente der Nato und von Teilnehmern der 2 + 4-Verhandlungen. Das darauf beruhende Misstrauen der Russen gegenüber dem Westen sitzt tief. Für Russland war mit der Aufrüstung der Ukraine durch die Nato-Staaten und das

Gerede von ihrer Aufnahme in dieses Bündnis eine rote Linie überschritten, was Putin immer wieder deutlich kommuniziert hat.

- Es wurde in den letzten 7 Jahren nicht auf die Konfliktparteien in der Ukraine eingewirkt, das Minsker Abkommen umzusetzen. Es gab vor allem in der Ukraine kein Interesse, den sogenannten Volksrepubliken letztendlich eine weitgehende Autonomie im Staat zu gewähren.

Folge dieses Unvermögens zur Deeskalation ist der Krieg. Auch wenn, wie oben aufgeführt, der Westen einen bedeutenden Anteil am Anziehen der Eskalationsspirale hat, gibt es keine Rechtfertigung dafür, dass Russland jetzt den Weg einer friedlichen Lösung verlassen hat. Aber, dies nur nebenbei, ist nicht der erste Krieg auf europäischem Boden, der nach dem 2. Weltkrieg angezettelt wurde. In Jugoslawien ging die Nato 1999 denselben Weg, den Russland jetzt beschreitet: einseitige Anerkennung von Republiken und darauffolgender Krieg.

Russland hat mit der Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken in Donezk und Lugansk das Minsker Friedensabkommen verletzt, das durch die einstimmige Annahme durch den UN-Sicherheitsrat völkerrechtsverbindlich war. Die Forderung nach deren autonomen Status wies sie als integralen Bestandteil der Ukraine aus. Die sofort abgeschlossenen Friedens- und Beistandsabkommen zwischen den Republiken und Russland wurden genutzt, um die sogenannte Beistandsoption zu ziehen, wobei der russische Aktionsradius weit über die von ihr anerkannten Republiken hinausgeht.

Putins Rede, die er aus Anlass der Anerkennung der Republiken hielt, signalisierte jedoch, dass es Russland nicht in erster Linie um das Wohl der Menschen in diesen Republiken geht, sondern um die große Lösung des bereits erwähnten russischen Sicherheitsproblems, zu dem die Militarisierung der Ukraine, aber eben auch die gesamte Osterweiterung gehört. Allerdings müssen wir klipp und klar sagen: Krieg und Aggression dienen nicht diesem nachvollziehbaren Ziel. Sie führen zu Not und Elend vor allem der einfachen Menschen, schüren Angst und Hass unter den Völkern, die sich im Kampf für Frieden die Hand reichen müssten. In dieser Hinsicht sind die verstörenden nationalistischen Töne, die sich auch in Putins Rede befinden, der Verständigung zwischen dem russischen und ukrainischen Volk absolut abträglich.

Was wir jetzt zur Problemlösung benötigen, ist

- ein System der gemeinsamen Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands,
- Schritte zur atomaren und konventionellen Abrüstung,
- vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Völkern und Regierungen,
- abrüsten statt aufrüsten, um die drängenden sozialen Probleme in unseren Ländern zu lösen, die häufig Nährboden nationalistischer Stimmungen sind,
- in einem Satz: Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik! Jetzt!

All diese Ziele sind durch den Einmarsch Russlands in der Ukraine nicht leichter, sondern schwerer geworden. Aber es gibt keinen anderen Weg. Daher:

Schluss mit dem Krieg, ran an den Verhandlungstisch!